

Konflikte an, um die demokratischen Strukturen des Westens zu erschüttern, es stärke grenzüberschreitende Kleptokratien: „Sie wollen nicht mit Panzern einfallen, sondern den rationalen Diskurs schwächen.“

Und wo bleibt die Hoffnung? Einen Schimmer der Hoffnung sah der Festredner in der Jugend. „Nur: Die Menschen ziehen weg. Sie gehen ins Ausland, um zu arbeiten, sie sind erfolgreich.“ Die Mischung aus Arroganz und Ignoranz, die in Ost- und Südosteuropa auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus weiterwirke, die Mittelmäßigkeit und Verantwortungslosigkeit der Machthaber seien nicht unüberwindbar. Zumindest, so Lendvais Appell, „wenn wir uns für die europäische Zusammenarbeit, nicht für die Abschottung, für das Gemeinsame, nicht das Trennende einsetzen“.¹

1 Alle Laudationes können im Originalwortlaut auf der SOG-Website nachgelesen werden: https://www.sogde.org/wp-content/uploads/2019/01/jhv_laudatio_preis_kj_medaille_19.pdf

■ 57. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft

Umwelt- und Naturschutz in Südosteuropa

Akteure, Diskurse, Handlungsstrategien

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Akademie für Politische Bildung Tutzing
Tutzing, 1.-5. Oktober 2018

Bericht von Judith Wachinger, Cottbus

□ Bei spätsommerlichem Wetter kamen in der ersten Oktoberwoche 2018 auf Einladung der Südosteuropa-Gesellschaft rund 60 Gäste aus insgesamt 17 Ländern zur 57. Internationalen Hochschulwoche in Tutzing zusammen. In bewährter Weise sollte insbesondere jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit gegeben werden, ihre Forschungsfragen und -ergebnisse zu einem Thema, das von anhaltend hoher Brisanz – gleichermaßen in Südosteuropa wie im Rest der Welt – ist, untereinander und mit anderen Expertinnen und Experten auszutauschen. Die Konferenzsprache war Englisch.

Erinnern wir uns: Im Sommer 2018 begann Greta Thunberg mit ihrem Schulstreik fürs Klima und setzte damit eine Bewegung in Gang, die von Schülerinnen und Schülern auf der ganzen Welt getragen wird. Zum Zeitpunkt der Hochschulwoche zeigten sich Tendenzen eines staatenübergreifenden Bewusstseinswandels in Belangen des Umwelt- und Naturschutzes, und der Wert von Interdisziplinarität in der Wissenschaft war als Rezept gegen manipulative Stimmungsmache in aller Munde. Und wer hätte im Oktober 2018 schon vorhersehen können, dass die Europawahlen im Mai 2019 nicht zuletzt daran entschieden würden, welche Strategien die Parteien für den Umgang mit dem Klimawandel vorstellten.

Im Rahmen der Eröffnung der Hochschulwoche „The Protection of Nature and the Environment in Southeast Europe: Players, Discourses, Strategies of Action“ wurde bereits in den Begrüßungsansprachen durch *Wolfgang Quaisser*, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialpolitik an der

Akademie für politische Bildung, sowie *Gernot Erler*, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG), deutlich, dass eine Fortführung der langjährigen Kooperation auch aktuell von besonderer Notwendigkeit ist. In einer Zeit, in der öffentliche Debatten von Populismus und separatistischen Bestrebungen geprägt sind, stellen die erklärten Ziele dieser Veranstaltungsreihe einen Lichtblick dar: Die freie demokratische Grundordnung soll durch interdisziplinäre Forschung gestärkt werden, es wird ein Forum für politische Streitkultur geboten, und man fördert den Austausch von wissenschaftlich belegten Argumenten anstelle spontaner Emotionen. Die SOG stellt den Dialog zwischen den Ländern in der Region Südosteuropa und Deutschland ins Zentrum ihrer Arbeit und prägt durch diesen steten Tropfen die Gewissheit, dass die Gewährleistung der Medienfreiheit, Transparenz (nicht zuletzt, was den Einfluss anderer Länder auf die jeweilige nationale Politik betrifft) sowie Nachwuchsförderung unerlässliche Bestandteile eines nachhaltigen Wandels in den Gesellschaften sind.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von *Sonja Schüler*, Universität Fribourg/Schweiz, widmeten sich die Akademie Gäste einem Fragenkomplex, der längst nicht mehr als Nischen-Thema verkannt werden kann: Drängende Fragen zum Umwelt- und Naturschutz beschäftigen die Menschen in Südosteuropa und überall sonst auf der Welt. Der Klimawandel ist Realität – und die sozialen Auswirkungen von Naturkatastrophen und menschengemachten Umweltbedrohungen werden deutlich spürbar. Interdisziplinarität ist gefragt.

Die vielfältige Zusammensetzung des Kreises der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der 57. Internationalen Hochschulwoche zeigte sich durchgehend vom vorfreudigen Beginn bis zum herzlichen Abschied als kostbar: Da diskutierten Biologinnen mit Anthropologen, Forstwirtinnen mit Politikwissenschaftlern, Juristinnen mit Umwelthistorikern – um nur ein paar der zahlreichen Fäden zu nennen, die zu einem dynamischen Geflecht gesponnen wurden. Es entstanden vielversprechende Kooperationsvorhaben und es wurden Inspirationen, Lesetipps, Forschungs-Input ausgetauscht: Der Gedanke der Netzwerkförderung, den die SOG dieser Veranstaltung immer voranstellt, wurde also nicht nur dankbar angenommen, sondern mit Leidenschaft in die Praxis umgesetzt. Objektivität schaffen – dies scheint in einer medialen, zivilgesellschaftlichen und politischen Grundstimmung, die oft stärker mit Schlagworten als mit geduldiger Auseinandersetzung agiert, fast unmöglich. Umso engagierter wurde von allen Anwesenden die Gelegenheit wahrgenommen, Gespräche im Lauf der Woche wieder aufnehmen zu können, Themen zu ergänzen und untereinander Rücksprache zu halten.

Sonja Schüler benannte in ihrer Ansprache die Vielfalt der Mittel und Wege, aber auch der zu bearbeitenden Aufgabenfelder, um dringlichen Umweltproblemen die Stirn zu bieten: Es komme etwa auf die richtige Nutzung der verfügbaren Ressourcen, die Bündelung administrativer Kapazitäten, die notwendige Priorisierung und eine supra-nationale Zusammenarbeit an. Der wissenschaftliche Beitrag könne nicht nur den Dialog zwischen Ost und West adressieren, sondern müsse insbesondere auch innerhalb der Zivilgesellschaften stattfinden. Ehemals sozialistische Staaten blickten nunmehr auf mehrere Jahrzehnte Urbanisierung und „Modernisierungsprojekte“ zurück, was ganz eigene Spannungsfelder mit sich brächte. Zwar seien europäische Umweltstandards unter den weltweit strengsten, allerdings gebe es national sowie gesamt-europäisch erhebliche Durch- und Umsetzungsschwierigkeiten. Drängende Aufgaben seien also auch die Klärung der jeweiligen Kapazitäten, aktiv zu handeln sowie Legitimationen auf politischer und sozialer Ebene. Einen Lichtblick schafften die grünen pro-demokratischen Bewegungen, die zurzeit vermehrt entstehen. Nicht zuletzt werde eine intakte Natur auch als „ästhetische Ressource“ wahrgenommen, der als „Gemeinschaftseigentum“ eine wachsende öffentliche Aufmerksamkeit zuteil werde.

Der knapp einstündige Dokumentarfilm „Enver's Bulb“ aus dem Jahr 2018 von *Björn Reinhardt* und dem selbst bei der HSW anwesenden Historiker *Eckehard Pistrick* (Köln) über die Geschichte der Elektrifizierung in Albanien stimmte auf ein Thema ein, das im weiteren Verlauf der Hochschulwoche noch mehrfach Gegenstand der Diskussion sein würde: Die Bedeutung von Wasserkraft in der Energiegewinnung (in Albanien zu knapp 95 %) und die Frage, ob man hier – angesichts der Flutung zahlreicher Täler – tatsächlich von „Nachhaltigkeit“ sprechen kann.

Unter dem Themenschwerpunkt **„Natur, Umwelt, Nachhaltigkeit: Diskurse, Mentalitäten, Alltagspraktiken“** bot *Petr Jehlička* von der Open University, Milton Keynes, Großbritannien, einen Einblick in seine Forschung über die Umsetzung von Umweltschutz auf kommunaler Ebene in Tschechien. Ein Großteil der tschechischen Bevölkerung baue Nahrung selbst an. Er habe beobachten können, dass viele dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse zwischen den Privathaushalten ausgetauscht und geteilt würden. Diese Art der Alltagsgestaltung bezeichnete Jehlička als „stille Nachhaltigkeit“. Das Konzept beschreibt eine Form der Nachhaltigkeit, die zum Umweltschutz in Tschechien beitragen könne: Auch, wenn das Teilen von Lebensmitteln zwischen tschechischen Privathaushalten nicht in erster Linie als Nachhaltigkeits-Strategie verstanden wird, so sind die Konsequenzen dieser Alltagskultur des Teilens zutiefst nachhaltig.

Der eigene Anbau von Nahrungsmitteln vor Ort sei meist sehr schadstoffarm und „ökologisch“ (wenn auch nicht nach offiziellen Öko-Standards) und spare große Mengen an Transportwegen, CO₂ und Verpackungsmaterial. Das Teilen und Tauschen wirke auch der Verschwendung von Lebensmitteln entgegen. Dies bezeichnete Jehlička als wahre „Sharing Economy“ – ein Konzept, welches oft durch profitorientierte Unternehmen wie AirBnB seine eigentliche Bedeutung verloren zu haben scheine. Die Menschen, die diese Art der „stillen Nachhaltigkeit“ betrieben, seien keine „Aktivisten“, sondern handelten insbesondere aus dem Motiv der Selbstversorgung und mit Freude an der Interaktion mit ihren sozialen Netzwerken – und sie seien stolz darauf, was sie durch den Einsatz ihrer Fähigkeiten und ihres Wissens geschaffen haben. Die private Gewinnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder auch die Nutztierhaltung für den eigenen Bedarf stoße, wie Jehlička berichtete, in einigen europäischen Ländern jedoch auf hohe gesetzliche Hürden: So sei in den Niederlanden der Transport von Küchenabfällen untersagt und in Großbritannien sei es verboten, Küchenabfälle an Hühner zu verfüttern.

Mladen Domazet vom Institut für Politische Ökologie in Zagreb widmete sich im selben Themenkomplex anhand von statistischen Analysen unter anderem dem Post-Wachstumskonzept in Kroatien: Die soziale Gesinnung der kroatischen Bevölkerung decke sich in vielerlei Hinsicht mit den Zielen einer Post-Wachstumsgesellschaft. Wichtig sei, dass das Post-Wachstum als Wirtschafts- und Gesellschaftsform das Wohlergehen aller zum Ziel habe und nicht mit Rezession gleichzusetzen sei.

Stefan Dorondel vom Francisc I. Rainer Institut für Anthropologie in Bukarest berichtete über Renaturierungsbemühungen in Südosteuropa. Anhand von Flüssen als „natürliche Maschinen“, die kulturell vom Gegenstand romantischer Verklärung bis zum Abwassertransport die gesamte Spannbreite bespielten, zeigte er Vorgehensweisen, Schwierigkeiten und mögliche Problemlösungen auf. Er plädierte dafür, sich von dem Gedanken „Natur versus Kultur“ freizumachen, denn die Natur finde immer einen Weg, sich ihren Platz zurückzuerobern. Dies zeige beispielsweise die Rückkehr des Wildschweins und des Wolfs auch in Kulturlandschaften.

Der Themenschwerpunkt **„Akteure, strategische Interessen und Framing im Bereich der Umweltpolitik I.“** wurde eröffnet von *Hrvoje Petrić*, Historiker an der Universität Zagreb, der

über Natur und Lebensräume im Kontaktbereich zwischen Staaten, Wirtschaftssystemen, Kulturen und Religionen sprach. Auch in diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass „unberührte Natur“ als Gegenbegriff zu Kulturlandschaften ein Konstrukt sei. – **Arpad Todor**, Politikwissenschaftler in Bukarest, stellte seine Forschung über das Bewusstsein und die Bedeutungszuschreibung in Bezug auf Umweltthemen sowie das Streben nach umweltverträglichem Handeln in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen in Osteuropa im Vergleich zu anderen Ländern vor. In der kontroversen Debatte über dieses Forschungsthema wurde angemerkt, dass es im Kern um die Frage gehe: „Wer ist willens, Geld auszugeben, um den Planeten zu retten?“ Dies korrelierte letzten Endes stark mit der Frage, wer sich dies leisten könne.

Sorina Soare, Institut für Politik- und Sozialwissenschaften an der Universität Florenz, sprach über Bergbauprojekte als Herausforderungen für die Umweltpolitik in Rumänien und als Gegenstand zivilgesellschaftlichen Engagements. Soare berichtete exemplarisch von Baia Mare, wo im Jahr 2000 ein Dambruch einer Absetzanlage eine schwere Umweltkatastrophe (Freisetzung von Natriumcyanid und Schwermetallen) zur Folge hatte, wodurch Baia Mare zu einer der am stärksten verseuchten Städte der Welt wurde. – Seit Jahren in der Schwebe ist ein Tagebauprojekt in Roşia Montană: Im Rahmen der Umwandlung zweier Talschaften in Krater müssten rund 2.000 Menschen umgesiedelt werden. Soare benannte in ihrem Bericht auch die Entwicklung der medialen Berichterstattung. Insbesondere die Ereignisse in Baia Mare seien in den nationalen Medien nicht sichtbar gewesen. Das Thema Roşia Montană habe von den regionalen Medien aus den Weg in die elektronischen Medien auf nationaler Ebene gefunden.

Die mediale Berichterstattung und Informationswege der breiten Öffentlichkeit waren mehrfach Gegenstand der Debatte bei der Hochschulwoche. Stellvertretend für die vielfältigen Beiträge im Rahmen der **Wissenschaftlichen Foren**, bei denen in Kurzpräsentationen Studierende und Nachwuchswissenschaftler/innen aus der Region die Themen ihrer Abschlussarbeiten vorstellten, sei hier die Bukarester Kulturwissenschaftlerin **Ioana Coziana Trascu** genannt, die den vielversprechenden Titel „Der Einfluss sozialer Netzwerke auf die Umwelt – oder eine andere Art der Sonne in Platons Höhlengleichnis“ gewählt hatte. Trascu stellte ihre Feldstudie vor, in der sie untersucht hatte, wie Umweltaktivismus im Medium der sozialen Netzwerke in Rumänien konzeptualisiert und behandelt wurde. Zentrale Frage dabei war, wie Aktivismus in den sozialen Medien in Zusammenhang mit der Verlässlichkeit und Transparenz der zugrundeliegenden Quellen zu bewerten sei. Trascu hatte zunächst die Vorteile der Nutzung sozialer Netzwerke für Umweltthemen untersucht und in einem ersten Fragebogen Nichtregierungsorganisationen befragt, in einem zweiten die Follower in sozialen Netzwerken.

Olsi Nika von der NGO „Eco Albania“, Tirana, sprach über die spezifischen Herausforderungen, welche die geografischen Besonderheiten Albaniens für den Naturschutz bedeuten. Drei Seen in Albanien haben durch ihre Grenzlagen auch Zugänge in Montenegro, Griechenland und Mazedonien. Diese gemeinsamen Gewässer und Wasserressourcen bringen besondere Anforderungen mit sich, und auch sonst, so Nika, zeichneten sich Schutzgebiete in Albanien in erster Linie dadurch aus, dass sie fragmentiert und unzusammenhängend seien. Nationalparks würden trotz ihres Status flächenweise entwaldet und eine Aufforstung bliebe aus. Auch Nika thematisierte die Umweltprobleme, die mit dem Bau von Wasserkraftwerken einhergingen und kritisierte, dass regelmäßig in Wahljahren Höhepunkte von Baumaßnahmen zu verzeichnen seien. Auch würden Verträge mit jahrzehntelangen Laufzeiten aus politischem Kalkül jeweils kurz vor entscheidenden Wahlen abgeschlossen, wodurch zukünftige Entscheidungsträger in ihren Entscheidungsspielräumen eingeschränkt würden und wenig Veränderung möglich sei. Um als NGOs im Umweltbereich mediale Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen in Albanien zu lenken, habe es sich bewährt, Vertreter der großen internationalen Medien einzuladen, was das Interesse der

nationalen Medien wecke. Nika bewertete die Berichterstattung inzwischen als erfreulich umfassend.

In ihrem Bericht über kleine Wasserwerke als Gegenstand politischer Ökologie in Albanien berichtete *Emirjeta Adhami* vom Institute for Nature Conservation in Albania, Tirana, darüber, dass Albanien als ein sehr gewässerreiches Land über umfangreiche Süßwasservorräte verfüge, die grundsätzlich als Ressourcen ausreichten. Es gehe vielmehr um den Zugang und die nachhaltige Nutzung zur Energiegewinnung, bei der kleinen, minimalinvasiven Wasserwerken der Vorzug gegenüber Großbauprojekten zu geben sei. Die öffentliche Beteiligung an der Gestaltung sei schwach, was an der Informationspolitik (keine pro-aktive, direkte Kommunikation des Planungsprozesses) der staatlichen albanischen Institutionen liege. Ihre NGO versuche, bewährte Konzepte aus dem europäischen Ausland zu übernehmen und den Dreiklang *Transparenz – Information – Partizipation* zu etablieren. Problematisch sei, dass die Kommunen vielfach nicht um ihre Verantwortungsbereiche und Kompetenzen im Zusammenhang mit dem Bau von Wasserkraft wüssten. Man habe daher eine Informationsbroschüre erarbeitet, um diesen Missstand zu beseitigen. Adhami nannte auch Erfolgsbeispiele ihrer Arbeit: Seit 2015 habe sich ein Netzwerk aus rund 20 NGOs mit dem Ziel zusammengeschlossen, koordiniert den Schutz von Flüssen angesichts der Wasserkraft anzugehen. Und die passive, fatalistische Haltung der Zivilgesellschaft angesichts von Umweltzerstörung habe sich gewendet, nachdem ein Verband von Freizeitfischern sich gerichtlich erfolgreich gegen Grabungen gewehrt hatte, wodurch zahlreiche kleine Widerstandsbewegungen inspiriert wurden.

Im Themenschwerpunkt **„Akteure, strategische Interessen und Framing im Bereich der Umweltpolitik II.“** sprach zuerst *Meta Novak*, Sozialwissenschaftlerin an der Universität Ljubljana, über die Partei der slowenischen Grünen. Ein Merkmal der umweltbewussten Bewegung in Slowenien sei es, dass zivilgesellschaftliches Engagement und das Bewusstsein der politisch Verantwortlichen auf lokaler und kommunaler Ebene feste Größen im Naturschutz seien, während globale Themen – mit Ausnahme der stark in den Onlinemedien vertretenen wie etwa die Plastikmüll-Problematik – weniger stark im Fokus der Aufmerksamkeit lägen. Ein Vorteil dieser Herangehensweise seien die zahlreichen Erfolgsbeispiele, wie etwa eine gemeinsame Aufräumaktion von Mülldeponien in vielen Kommunen im September 2018, ein funktionierendes und in der Bevölkerung etabliertes Recyclingsystem sowie die lebhafteste Debatte um Windenergie angesichts drohender Schäden für die Vogelpopulation und die lokale Natur. Eine Bündelung dieses Engagements in grünen Parteien habe jedoch in Slowenien nicht funktioniert, da die Grünen die Krise der „Altparteien“ nicht für sich nutzen konnten. Novak vermutete als Gründe dafür den Umstand, dass es den Grünen nicht gelungen war, sich im Links-rechts-Parteienspektrum zu positionieren, sowie die Tatsache, dass der nach außen hin transportierte parteiinterne Richtungsstreit nicht zur Vertrauensbildung bei den Wählern beigetragen habe.

Gabriel Schwaderer, Stiftung Euronatur, Radolfzell, sprach über die Bedeutung von Kooperationen für den Naturschutz. Das Thema müsse in seiner vollen Komplexität vor europäische Entscheidungsträger gebracht werden. Eine Kernfrage sei, ob man es angesichts der Herausforderungen der weltweiten Energieversorgung mit einem Problem (zu geringen) Angebots zu tun habe oder ob das Problem nicht vielmehr im Bereich der (zu hohen) Nachfrage liege. Letzteres vermutete Schwaderer, der einen drastischen Rückgang im Energieverbrauch anmahnte. Kontrovers wurde diskutiert, ob diese Zielsetzung übertragbar sei auf Länder wie beispielsweise Albanien, wo der Energieverbrauch pro Kopf bei einem Fünftel dessen liegt, was in Deutschland anfällt. Als problematisch benannte Schwaderer daraufhin die Tatsache, dass üblicherweise die Bevölkerung in den Städten diejenige sei, die im Vergleich zur Landbevölkerung einen vielfach erhöhten Energiebedarf habe, während Letztere zumeist erheblich stärker von Maßnahmen

zur Energiegewinnung (Bau von Windkraftanlagen, Kraftwerken, etc.) betroffen sei. Angemerkt wurde auch, dass NGOs im Umweltbereich häufig so wahrgenommen würden, dass sie „gegen“ etwas eintreten, ohne Alternativen anzubieten. Eine besorgniserregende Bilanz zog Schwaderer zu nunmehr 40 Jahren Umweltbildung an Schulen in Deutschland: Diese habe keine messbaren Erfolge und Verhaltensänderungen mit sich gebracht und diene daher so nicht als Modell für andere Länder. Aufklärung müsse dennoch stattfinden, und zwar konkret in Form von Informationen für Betroffene über ihre rechtlichen und sonstigen Handlungsoptionen.

Gökhan Orhan, Institut für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung der Bandırma Onyedi Eylül Universität in Bandırma/Balıkesir, Türkei, berichtete von den Hürden für Umweltschutzbemühungen in seinem Land. Hier wären noch ein, zwei dieser Hürden zu nennen. Die Anwesenden dankten dem Referenten nachdrücklich für seinen Mut, offen über die rechtliche Situation vor Ort und über informelle Naturschutz-Netzwerke wie etwa „Brotherhood of Streams“ zu sprechen, da unter den türkischen Forschenden angesichts staatlicher Repressionen einschließlich Existenzbedrohung die Selbstzensur weit verbreitet sei.

Oana Ivan, Babeş Bolyai Universität in Cluj-Napoca (Rumänien), berichtete über ihre Forschung im Donaudelta und zeigte ihren Dokumentarfilm „Vieta între ape“ (Leben am Wasser) aus dem Jahr 2016. Hierin verarbeitete Ivan das filmische Material ihrer anthropologischen Dissertation, in der sie die Konsequenzen der rumänischen Umweltpolitik (u.a. durch Überfischung und intensive Landwirtschaft) auf den Tourismus und die lokale Kultur untersucht hatte und dabei berührend, eindringlich und vielschichtig den Alltag der Fischer und ihrer Familien im Donaudelta darstellt. Ivan berichtete im anschließenden Gespräch zum Film über ihre Forschungsmethode der teilnehmenden Beobachtung.

Mit dem Themenkomplex der **„Rolle der intermediären Sphäre: Die politische Öffentlichkeit“** setzte sich *Maren Köster-Hetzendorf* von der Südosteuropäischen Medienorganisation SEEMO in Wien in ihrem Einblick in die Rolle des Journalismus in Umweltfragen auseinander. Sie machte ihre Perspektive als die einer „gut informierten Ausländerin“ transparent und benannte die Heterogenität der Medienlandschaft in der Region und einige mediale „Leuchtturmthemen“, wie etwa das Abfallmanagement rund um Skopje.

Gudrun Steinacker (Wien), deutsche Diplomatin und ehemalige Botschafterin in Montenegro, berichtete über ihr Vogelschutz-Engagement im Salinenaal von Ulcinj in Montenegro, Bojana-Buna-Delta. Nicht zuletzt seien hier unklare Eigentumsverhältnisse ein Grund für Verzögerungen in den Schutzbemühungen gewesen. Eindringlich warnte Steinacker vor „technokratischen Lösungen“ im Umweltschutz, die die Illusion erzeugten, dass Umweltprobleme auch ohne einen Bewusstseins- und Verhaltenswandel von uns Menschen ganz von selbst verschwinden würden, sobald es die entsprechenden Technologien gebe.

In ihrer abschließenden Ansprache dankte Sonja Schüler den Teilnehmenden für die Berichte aus ihrem Alltag, in der Forschung, in der Lehre sowie als aktive Umweltschützer und lud dazu ein zu berichten, was man „mit nach Hause“ nehmen würde. Hervorgehoben wurde daraufhin von einer Biologin die Interdisziplinarität der Hochschulwoche, welche sich von klassischen naturwissenschaftlichen Konferenzen abhebe. Ein Gast aus der Region nannte seine Schlussfolgerung, dass „man mit dem Recht nicht weit kommt auf dem Balkan“, und einer der Nachwuchswissenschaftler, der seine Arbeit im Rahmen des Wissenschaftlichen Forums präsentiert hatte, bedankte sich für die kostbare Gelegenheit, zum ersten Mal den Druck zu spüren, sich mit der eigenen Forschung der Kritik anderer Expertinnen und Experten auszusetzen.

Das Thema der Hochschulwoche wurde aus zahlreichen Blickwinkeln beleuchtet und die Vielfalt der Faktoren in den ganz unterschiedlichen Ländern untersucht. Die zahlreichen Implikationen der jeweiligen Bevölkerungsstrukturen, die Handlungsmöglichkeiten und die Standardprobleme, die sich überall auf der Welt glichen, wurden diskutiert und verglichen. Alle Teilnehmenden fuhren mit einem erweiterten Wissensschatz nach Hause und hatten die wissenschaftliche Differenzierung umweltschützender Aspekte in den vertretenen Ländern und auf den verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen mitgestaltet. Als „Hauptbaustellen“ wurden die unbeantwortet gebliebenen großen Fragen rund um die Energieproduktion bzw. den Energieverbrauch, den gesellschaftlichen Wandel und den Klimawandel identifiziert. Solche Fragen ließen sich nicht in ein paar Tagen in Tutzing lösen – egal wie angenehm die Rahmenbedingungen waren (und die waren wirklich perfekt, von der Umgebung über die Räumlichkeiten bis hin zum hervorragenden Essen!). Mit den in Tutzing entstandenen Netzwerken in Südosteuropa und darüber hinaus wurden vielversprechende „Samenkörner gepflanzt“. Das hohe Maß der Sensibilisierung für Handlungsmöglichkeiten zu Veränderungen im Kleinen und Großen sowie das gegenseitige Verständnis werden Früchte tragen!

Einige Beiträge der Hochschulwoche zu „Umwelt- und Naturschutz in Südosteuropa“ werden in einem folgenden Heft der Südosteuropa Mitteilungen veröffentlicht werden.

■ Neuntes Dr. Fritz Exner-Kolloquium für Südosteuropa-Forschung

Europa und der Balkan – Ordnungsvorstellungen und Ordnungserfahrungen in Geschichte und Gegenwart

Veranstalter: Fritz und Helga Exner-Stiftung (Südosteuropa-Gesellschaft) in Kooperation mit dem Schroubek-Fonds Östliches Europa sowie dem Viadrina Center B/Orders in Motion der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Frankfurt (Oder), 8.-10. November 2018

Bericht von Paula Seidel, Leipzig

□ In einer Gegenwart, in der Ordnungen und Grenzen in Bewegung geraten sind, widmete sich das neunte Fritz Exner-Kolloquium für Südosteuropa-Forschung dem Thema „Europa und der Balkan – Ordnungsvorstellungen und Ordnungserfahrungen in Geschichte und Gegenwart“. Vierzehn postgraduierte NachwuchswissenschaftlerInnen stellten vom 8. bis 10. November 2018 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) ihre Forschungsprojekte vor und setzten sich aus unterschiedlicher Perspektive mit dem Thema auseinander. Ihre Arbeiten über die Vorstellungen, Erfahrungen und Handlungspraktiken innerhalb bestimmter Ordnungssysteme offenbarten Narrative über Anpassung, Ablehnung und Transformationen.